

Bezugspreis:
Bieteljährlich
nach Posten 3,80 Mk.
bei den Postanstalten
zusätzl. Beleggeld
8 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
H. G. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 288

Bad Ems, Montag, den 15. Dezember 1919

71 Jahrgang

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum zu 10 Pf.
Kleinzeile 20 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Ems, Römischer Str.
Herrnprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Herrn Hein, Bad Ems.

Ein- und Ausfuhrpolitik

Von maßgebender Stelle wird den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten geschrieben:

Der Zustand der deutschen Valuta hat schon vor längerer Zeit Maßnahmen gegen den Ausverkauf Deutschlands nötig gemacht. Es sollen zu den deutschen Inlandpreisen beim Export der Waren Aufschläge erhoben werden. Es ist eine Verordnung in Vorbereitung auf Grund des Demobilisierungsgesetzes. Diese Verordnung unterliegt der Zustimmung des Reichsrats und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung. Diese Exportabgabe hätte den Namen „Grenzübergangsabgabe“ führen. Die Durchführung soll nicht nur in innigster Einberührung mit der Industrie geschehen, sondern sogar direkt auf ihr aufgebaut werden. Zur Durchführung der Maßnahmen für die Ausfuhrkontrolle schaffte sich die Industrie eigene Kontrollstellen, auch Außenhandelsstellen genannt, wie sie schon für Kohle, Kali, Eisen und die chemischen Industrieartikel sowie für zwei oder drei kleinere Industrien vorhanden sind. Wo sie noch fehlen, zum Beispiel für Holz und Textilwaren, werden sie zum Teil demnächst eingerichtet werden. Die Initiative hierbei wurde ganz und gar der Industrie überlassen. Das Reichswirtschaftsministerium hat nur darauf zu sehen, daß die Interessen des Reichs nicht verletzt werden. Denn es soll vermieden werden, daß, wie es im Krieg war, eine neue Zwangsorganisation aufgebracht wird. Am Mittwoch fand eine Kabinettsitzung statt, bei der sich die Vertreter der Regierung über die angelegten Maßnahmen dieser neuen Verordnung einig waren. Es ist nämlich klar, daß es in der Praxis unmöglich sein wird, den Schwankungen der Valuta auch nur annähernd zu folgen. Es handelt sich um eine Notmaßnahme, die die größten Schäden verhindern soll. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich bei der Verwendung der Konjunkturgelder aus dem Auslandverkauf, die die Industrie gern für sich in Anspruch nehmen möchte, mit der Begründung, daß sie die großen Bedürfnisse der nahen Zukunft Kapital getrieben werden. Auch die Schulden im Ausland, besonders für die in Schweden, seien groß. Demgegenüber muß sich, da die Aufsicht weiter hervorhebt, die Regierung auf den Standpunkt stellen, daß sie keinen Unterschied zwischen den Kriegsschulden und den Auslandsschulden machen könne, die Außenhandelsstellen einrichten und daher grenzübergangsabgabefrei sind und solcher, die mangels einer solchen Kontrollstelle, unter Aufsicht des Reichs die Abgabe an das Reich entrichten müssen. Man ist maßgebenden Orts, die ganze Verordnung noch vor dem Reichsrat dem Reichsrat vorlegen zu können.

Mit Bezug auf die Wirkung des Aufschlags auf die Waren äußert sich dieselbe Aufsicht unter anderem folgenden: Die ganze Aufschlagsorganisation ist vorläufig nur auf rationierte Waren eingestellt, weil für alle anderen Artikel die gesetzliche Grundlage zum Einschreiten fehlt. Man kann bemerken, durch ein Gesetz oder durch eine Verordnung diesen Mangel abhelfen. Der neue Entwurf, der gleichfalls auf Grund des Demobilisierungsgesetzes nach Zustimmung von Reichsrat und volkswirtschaftlichem Ausschuss in Kraft treten wird, geht alsbald dem Reichsrat zu. Es ist vorläufig nicht möglich zu sagen, wann er in Kraft treten wird; vor Mitte Januar ist wohl nicht damit zu rechnen. Die Vorbereitungen für die Einfuhr ist bereits fertiggestellt. Sie enthält einige Neuerungen. Die Strafen sind sehr scharf. Auslandsarbeit Ware vorläufig dem Staat ohne Entgelt. Gewerbesteuer sind vorgesehen bis zu einem Monat, Geldstrafen in Höhe des dreifachen Werts der beschlagnahmten Ware, unter Umständen bis zu einer halben Million Mark. Die Lebensmittelmittelungen hat die Aufschlagsorganisation katastrophal getroffen, insbesondere die Lebensmittel. Diese ist scharf gefaßt worden. Trotzdem sind aus Kreisen der Industrie Proteste gegen diese Wirkung erhoben worden. Großbetrieben sei es unmöglich, die Arbeiter mit Lebensmitteln zu versorgen, aber die Arbeitervertretungen seien sich die Proteste bisher nicht angeschlossen. Einzige Ausnahme allein in einigen westdeutschen Stadtverordnungen haben die Unterabteilungen gefunden. Doch muß festgestellt werden, daß sich auch Industrieverbände nicht grundsätzlich gegen die Aufschlagsorganisation gewandt haben, sondern nur die Forderung stellten, ihnen die Zufuhr von Lebensmitteln nicht zu erschweren. Leiter der gesamten Aufschlagsorganisation ist der Reichsbeauftragte für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, Herr Windmann.

Die Anzeigensteuer.

Die Sozialdemokratie ist mit der im Umfang gesetzlich vorgesehenen Besteuerung der Anzeigen noch nicht einverstanden. Sie will vielmehr die Anzeigensteuer aus der Umsatzsteuer herausheben und von der Regierung die Befreiung eines besonderen Anzeigensteuerentwurfs fordern, der für Anzeigen, die in Zeitungen und Zeitschriften erscheinen, zunächst eine nach der Höhe des Jahresumsatzes prozentual abgestufte Umsatzsteuer erhebt, und erst bei einem Jahresumsatz bis zu 100.000 Mark 1 v. H. betragend bis 24 v. H. bis 10.000.000 Mark Umsatz. Ferner soll für Anzeigenblätter mit verhältnismäßig großem Anteil an Eigenem ein Steuerzuschlag eingeführt werden. Der folgende Gesichtspunkt berücksichtigt: Nimmt bei der Zeitung oder Zeitschrift der Anteil mehr als 5 v. H. des Jahresumsatzes in Anspruch, so tritt zu der Jahressumme nach der vorher erwähnten Berechnung ein Zuschlag. Dieser Zuschlag soll von 5 v. H. bis 25 v. H. betragen, je nach dem Umfang des Anzeigenteils. Die Umsatzsteuer für die Übernahme und Herstellung sonstiger

Anzeigen soll auf 5 v. H. festgesetzt werden. Wahlankündigungen sowie Wahlbroschüren zu öffentlichen Wahlen sollen steuerfrei bleiben.

Das Zentrum will den Tarif für die Anzeigenbesteuerung gegenüber dem Entwurf ermäßigen, der aber für Zeitungen bis zu 1.000.000 Mark Jahresumsatz höher ist als der sozialdemokratische. In der Steuer wird ein Zuschlag von weiteren 5 v. H. des Gesamtbeitrages der eingenommenen Entgelte erhoben, wenn die Gesamtheit der Anzeigen mehr als 25 v. H. des Gesamtumsatzes der Zeitung oder Zeitschrift ausmacht. Die Berechnung preßwirtschaftlicher Zeitungsverleger in Berlin beschloß, sich in einer außerordentlichen Vollversammlung mit den Leitenden der Zeitung und Genossen und Dr. Spahn und Genossin, die beide eine ungeheure Mehrbelastung der Anzeigenteile weit über die allgemeine Höhe der Umsatzsteuer herbeiführen würden. Man war einstimmig der Ansicht, daß die Entwürfe unannehmbar seien. Andernfalls müßte der gesamte Redaktionsapparat, sowie der Nachrichtenabteil der Zeitungen auf Anhieb eingeschränkt werden. Unübersehbar wären die Folgen für den deutschen Journalismus. Nach außen hin würden sich die Folgen dieser zeitungsfeindlichen Gesetzgebung in einer weiteren Vertiefung der Zeitungs- und gleichzeitiger Verkümmern des Inhalts und Umfangs bemerkbar machen. Die deutsche Presse würde damit um den letzten Rest ihrer Auslandsverteilung gebracht werden, und eine ausreichende Unterrichtung des Auslandes wäre in Zukunft ausgeschlossen. Geschäft und Wohnen seien in dauerndem Steigen. Die Herstellungskosten hätten sich vervielfacht, die Papierpreise sich gegen den Friedensstand vervielfacht und drohten, auf das acht- und zehnfache zu steigen. Angesichts dessen treibe das deutsche Zeitungsweesen ohnedies einer Krise entgegen, die man nicht durch eine nicht so sehr dem Finanzbedürfnis als dem Bedürfnis nach geistigen Entspannung entsprechende Gesetzgebung verschärfen sollte. — Der Deutsche Verlegerverband hat nach einer Resolution aus Baden i. Westf. eine Entschiedenheit an, welche angesichts der fortwährenden Steigerung aller Materialpreise, Löhne und Gehälter die dringende Forderung erhebt, die Zeitungs- und Anzeigenpreise neu festzusetzen, so daß ein Ausgleich geschaffen wird.

Die Friedensverhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England. Im englischen Auswärtigen Amt wurde eine Konferenz abgehalten, bei der unter anderem Clemenceau, Lloyd George, Cambon, Perchot und Churchill, sowie der italienische und amerikanische Botschafter anwesend waren.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: 352 Zivilgefangene aus Australien trafen am 10. Dezember mit dem Dampfer Valencia in Rotterdam ein; ein weiterer Transport von 25 Personen aus Australien kommt mit dem Dampfer Rugia, dessen Landung in Rotterdam am selben Tage erwartet wurde. Mit 60 Zivilheimkehrern aus Trinidad am 12. Kriegsgefangenen: von der Befragung der Medienburg landete am 9. Dezember der Dampfer Orange-Raffan in Amsterdam. Die Ankunft des Dampfers Windhof, der 155 Heimkehrer aus Südafrika an Bord hat, wird am 13. Dezember in Rotterdam erfolgen; die Zahl der Heimkehrer aus Vorderindien, die der am 9. Dezember aus Bombay abgefahrene Dampfer Main mitbringt, wird noch bekanntgegeben.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Heute abend trafen 1162 Heimkehrer aus Malak in Zinnbrunn ein; sie werden von dort zunächst nach dem Lager Seefeld weitergeleitet. Der Dampfer Bylos, der den vierten Heimkehrertransport aus Ägypten an Bord hat, wird gegen Weihnachten in Brunsbüttelkoog ankommen.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Koste gegen die Unterzeichnung. In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der Daily Mail erklärte Reichswirtschaftsminister Koste, daß er für seinen Teil die Regierung dringend abrat, das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen. Die Grenze der Geduld sei überschritten. Der Friede sei nach Unterzeichnung des Zusatzprotokolls nur eine Verlängerung des Kriegszustandes. Das deutsche Volk würde sich mit Recht gegen die Männer auflehnen, die diesen Vertrag unterzeichneten. Die deutsche Regierung habe schon zu oft nachgegeben und müsse endlich einmal Widerstand leisten, koste es, was es wolle. Bezüglich der Verletzung der deutschen Flotte erklärte Koste, daß die deutsche Regierung hierfür nicht verantwortlich gemacht werden könne, und daß die Alliierten, auch wenn die Verletzung ihnen nicht den Vorwand gegeben hätte, leicht einen anderen Vorwand gefunden haben würden. Koste beklagte sich bitter, daß dem Deutschland, das die Hohenzollern verbannt hätte, ein leichter Friede versprochen, ihm aber ein Frieden gegeben worden sei, der schlimmer sei, als wenn die Hohenzollern noch am Ruder gewesen wären.

Die deutsche Antwort. Nach mehrstündiger Beratung im Reichskabinett ist am Freitagabend die in letzter Minute aus technischen Gründen verzögerte Antwortnote der deutschen Regierung auf die beiden letzten Noten der Entente nach Paris abgegangen. In der endgültigen Fassung wird von neuem der gute Wille Deutschlands betont, zum Zustand des endgültigen Friedens zu gelangen. Man hofft, daß bei aller Wahrung der berechtigten deutschen

Interessen doch eine Form gefunden wird, um die bisherigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Eine bestimmtere Fassung der feindlichen Zugeständnisse, insbesondere in der Frage der Entschädigung für die in Scapa Flow versenkten Schiffe ist unbedingt nötig.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 10. Dezember.

Reichsnachpuffer.

Herr Dr. Braun-Franken (Zg.) verteidigt das Reichsnachpuffer und sucht die Einwände der Deutsch-Nationalen damit zu erklären, daß sie den Besitz vorläufiger Belastung schätzen wollten.

Herr Dr. Farwick (Hr.) erklärte, daß seine Partei im wesentlichen auf dem Boden der Vorlage stehe, wie sie aus der Kommission hervorgegangen sei. Die Zwangsanleihe, die von den Rednern der Rechten befürwortet wird, lehnt er ab, weil sie dem Besitz einen Anspruch auf Rückzahlung durch den Staat gebe. Die ebenfalls vorgeschlagene dauernde Vermögensabgabe lehnt er ab, weil sie sehr leicht zu einer Strangulierung unserer gesamten wirtschaftlichen Lage führen könnte. Der Redner befaßte sich dann weiter mit der Rede des Abg. Hugenberg am Vortage.

Herr Fetschen (Dem.) wies im Namen seiner Fraktion darauf hin, daß in seiner Partei noch keine Einigkeit über das Reichsnachpuffer bestehe, daß sie sich ihre endgültige Entscheidung bis zur dritten Sitzung vorbehalten. Mit Entschiedenheit und Empörung wandte sich der Redner gegen die Art, in der gestern in Steuerfragen getampelt wurde.

Reichsfinanzminister Erzberger gab seiner Beunruhigung darüber Ausdruck, daß man angesichts der Ueber-einstimmung über die Notwendigkeit einer starken Belastung des Volkes eine so heftige Polemik über die Form der Besteuerung entfacht. Würde eine Zwangsanleihe ausgeschrieben, so müßte sie in kürzester Zeit, etwa in einem halben Jahre, eingezahlt sein. Wir würden also in einem halben Jahre 30 Milliarden Mark aus dem deutschen Wirtschaftsleben herausnehmen, und dafür 30 Milliarden Schuldverschreibungen des Reiches geben, die mit 1 Prozent verzinst werden. Dieses Papier würde bei der Wirtschaftslage einen Kurs von 20 haben, also ungefähr 6 Milliarden wert sein, und darauf würden die Darlehnskassen bares Geld geben (Zurück rechts: nur 5 Milliarden), vielleicht nur 5 Milliarden. Damit ziehen Sie also aus dem deutschen Wirtschaftsleben heraus. Maßgebende Führer der Industrie haben mir gesagt, daß wir um Himmelswillen das nicht machen sollten, dann wären wir alle fertig. Daher ist mir unerfindbar, wie man einen solchen Vorschlag machen kann. Andere Sachverständige kommen allerdings zu einem anderen Resultat. Die Schlusswirkung der Anleihe würde aber sein, daß in einem halben Jahre aus dem deutschen Wirtschaftsleben eine Netto-summe von 20 Milliarden Mark herausgezogen wäre. Das könnte das deutsche Wirtschaftsleben nicht ertragen. Auch bei einer Verteilung zwischen Vermögenssteuer und Zwangsanleihe kommt man zu demselben Resultat. (Zurück des Abg. Koste: Durch laufende Vermögenssteuer!) Bei einer laufenden Vermögenssteuer kommen Sie mit einem Prozent nicht aus, sondern müssen mindestens vier Prozent nehmen. Aber gerade die großen Vermögenden vermögen rentieren sich nicht einmal zu vier Prozent, so daß Sie noch Zuschüsse geben müssen. Damit würden diese Vermögenden auf 30 Jahre völlig ertragslos sein. Das kann für unser Wirtschaftsleben eine viel tiefer greifende Erschütterung herbeiführen als das Reichsnachpuffer, das in 30 bis 50 Jahren zu bezahlen ist. Das ist ja ganz individuell ausgestaltet. Das Nachpuffer entsteht der Wirtschaft einschließlich Zinsen jährlich nur 2,8 Milliarden Mark, alle übrigen verschwindet nicht aus dem Betriebe (Zurück rechts: Das sind ja Schulden!) Darüber haben wir uns ja eingehend im Ausschuss unterhalten und sind darin einig geworden, daß 2,5 Milliarden weiter im Betrieb arbeiten. Es handelt sich um eine Tilgungsrente bis zu 2,5 Milliarden Mark. Ich will das Geld ja nicht mit einem Male, sondern erst in 30 Jahren. Natürlich muß es verzinst werden. Aber was als Zwangsanleihe erheben wird, verschwindet vollkommen aus dem Betriebe, und es sind sofort große Verschreibungen vorzunehmen. Dem Abgeordneten Koste gestaltete nicht das starre System, das nach dem Stichtag vom 31. Dezember 1919 veranlagt werden soll. Die Zwangsanleihe würde aber auch diesen Stichtag haben, und bei ihr könnte eine Minderung erst in 30 Jahren eintreten. Die Zwangsanleihe kann höchstens zu 100 Prozent zurückgenommen werden. Beim Reichsnachpuffer können aber Vermögensminderungen bis zum Jahre 1923 durch eine neue Veranlagung berücksichtigt werden und auch danach kommen die allgemeinen Vorschriften über Steuernachschuß in der Reichsabgabenordnung in Betracht. Also nicht aus politischen Gründen, nicht aus Rücksicht auf die parlamentarische Mehrheit, sondern aus Rücksicht auf das Wirtschaftsleben können wir den Weg der Zwangsanleihe nicht gehen.

In namentliche Abstimmung wird sodann der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss und Umarbeitung in der Richtung einer laufenden Vermögensabgabe und einer Steueranleihe mit 236 Stimmen gegen 43 Stimmen der Rechten abgelehnt.

Darauf tritt das Haus in die Beratung der einzelnen Paragraphen ein. § 5, der die Abgabefreiheit regelt, nimmt Universitäten, Stiftungen, Kirchen, kirchliche und religiöse Genossenschaften von der Abgabepflicht aus. Die Sozialdemokraten wünschen, daß die Abgabefreiheit der Kirche und kirchlichen Genossenschaften befristet wird.

Reichsfinanzminister Erzberger wendet sich entschieden gegen dieses Verlangen.
In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag mit geringer Mehrheit abgelehnt. Auch die meisten Demokraten stimmen dagegen. Hieran wird der § 5 in der Ausschussfassung angenommen.
Fortsetzung der Beratung Donnerstag.
Sitzung vom 11. Dezember.

Die Nationalversammlung erledigte zunächst die erste Lesung der Novelle zum Bankgesetz, die nach einer kurzen Begründung durch den Reichsbankpräsidenten Hakenstein an den volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen wurde. Die Novelle verlängert im wesentlichen die gegenwärtigen Notenprivilegien der Reichsbank.

Hierauf setzte die Nationalversammlung die Einzelberatung des Reichsnotopfers fort. Eine Reihe von Bestimmungen wird mit unerheblichen Änderungen angenommen. In einer längeren Debatte kam es beim § 13, der die Wertberechnung der Immobilien betrifft. Im allgemeinen soll diesen Wertberechnungen der gemeine Wert zugrunde gelegt werden. Der Ausschuss hat indessen beschlossen, daß bei Grundstücken, die sich in dauernder landwirtschaftlicher oder forstwirtschaftlicher Benutzung befinden, der Grundstückswert zugrunde gelegt werden soll. Ein Antrag Farwold fordert die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung, verlangt aber eine vereinfachte Festsetzung, indem ein Hinweis auf die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung, durch die die ganze Materie eigentlich geregelt werde, aufgenommen werden soll. Bei der Abstimmung wird der Antrag Farwold angenommen. Zu den folgenden Paragraphen liegen eine Anzahl Anträge vor, die zum Teil von den Sozialdemokraten allein, zum Teil von den Rechtsparteien, teils gemeinsam vom Zentrum und Demokraten eingebracht worden sind. Die Anträge der Sozialdemokraten und Rechtsparteien werden abgelehnt und daraus die Anträge der beiden anderen Konstitutionsparteien fast einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Kieffer (Dtich. Sp.) beantragte, Klagen für Angehörige und ähnliche Zuwendungen an ehemalige Angehörige und Arbeiter und deren Hinterbliebenen kommen nicht in Anrechnung, sofern sie sichergestellt sind. Der Antrag wird angenommen.

Auf Antrag der Abgg. Mundt (Dem.) Braun (Soz.) und (Farwold) (Ztr.) wird ein § 18b eingefügt, wonach der Wert des im Auslande liegenden Grunde- und Betriebsgrundbesitzes in der Währung des Landes zu schätzen ist, in dem es sich befindet.

§ 25 enthält die Vergünstigung für die kleinen Rentner und bestimmt, daß einem Abgabepflichtigen dessen steuerbares Vermögen nicht über 100.000 Mark und dessen Jahreseinkommen nicht über 5000 Mark betragen; die Abgabe auf Antrag zinslos zu stunden ist, und daß auch im übrigen einem Abgabepflichtigen die Abgabe gestundet werden kann, wenn die Einziehung und Verzinsung eine besondere Härte ist. Die Befreiung von Vergütung kann auch nach dem Tode des Abgabepflichtigen bis zum Absterben des überlebenden Ehegatten fortgewährt werden, kann aber bei veränderten Verhältnissen des Abgabepflichtigen auch wieder aufgehoben werden.

Der Paragraph wird in der Ausschussfassung angenommen. Der Rest des Gesetzes wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen.

Nächste Sitzung Freitag. Anträgen, keine Vorlagen.

Sitzung vom 12. Dezember.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Drex (Soz.) antwortet die Regierung: Wegen Vorsehung der Ertragskassensfabriken mit Gerste und anderen Rohstoffen wird trotz der schwachen Ernte das Mögliche getrieben. Auf eine Anfrage Mittelmann (Dem.) antwortete der Minister des Auswärtigen Müller: Bei der Dreesblotade waren einige Erleichterungen erreicht worden. In letzter Zeit hätten sich von neuem Schwierigkeiten gezeigt. Die Reichsregierung würdigt voll die Bedeutung der Angelegenheit, und ist auch mit den Neutralen in Fühlung getreten. Der Rücktransport aus dem Baltikum ist bald beendet. Die deutsche Regierung erwartet, daß damit die Blockade ihr Ende erreichen wird, weil die Voraussetzung dafür geschaffen

den sein werde. Auf eine Anfrage Bruhn (Deutschnat.) wird geantwortet: Die Besatzungspakete von Deutsch-Amerikanern oder Deutschen aus Amerika überhaupt, so weit sie an bestimmte Personen oder Vereine adressiert sind, sind keineswegs hier verboten. Ihr Eingang ist frei. Es scheint, daß eine unklare amerikanische Verordnung über zum Versand nach Deutschland bestimmte Sendungen diese Liebestätigkeit der Deutsch-Amerikaner beeinträchtigt hat. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs über dauernde Zuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwältinnen und Gerichtsdollmetscher.

Minister Schiffer begründet den Entwurf. Die Anwälte seien von der Erneuerung persönlich und wirtschaftlich stark betroffen. Mit den Abänderungsanträgen die vorliegen, sei die Regierung einverstanden.

Abg. Vattmann (Deutschnat.) begründet die Anträge, die auf einer interfraktionellen Verständigung mit Anwaltsvertretern beruhen.

Vizepräsident Haußmann beantragt die Festsetzung des Gesetzes zum 1. Januar 1920.

Das Gesetz wird mit den Abänderungsanträgen und dem Antrag Haußmann in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Eisenbahnaufsicht und über die vorläufige Regelung der Luftfahrt.

Minister Bell begründet die Entwürfe mit der Neuordnung des Verkehrsministeriums. Die Gesetzentwürfe wurden in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmildörungen in Disziplinarsachen. Der Entwurf wird an den Haushaltsausschuss verwiesen.

Das Gesetz betr. die Erlassung von Freisvergehen und Verbrechen wird in erster Lesung an den Verfassungsausschuss verwiesen.

Nächste Sitzung Samstag. Tagesordnung: Entwurf über den deutsch-polnischen Vertrag betr. Beamtenfrage usw.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 11. Dezember.

Die heutige Sitzung der Landesversammlung begann mit einem Antrage, den die Unabhängigen stellten. Es solle gesetzlich die Genehmigungspflicht für sämtliche Privatschulen eingeführt werden. Es müßten also grundsätzlich alle Privatschulen abgeschafft werden.

Ministerialdirektor Jahnke nimmt Stellung zu all den Anträgen und Wünschen des Ausschusses. Noch sei die Zeit nicht gekommen, meint er, daß man in Preußen an die Durchführung der Einheitschule denken könne. Das Berechtigungsverzeichnis, das mit den Mittelschulen zusammenhängt, bezeichnet der Regierungsvertreter als einen „großen Unfug“. Man habe auch von Schulkammern gesprochen, die Unterrichtsverwaltung bringe ihnen viel Interesse entgegen, wenn es nicht bloß darauf ankomme, Sonderlandesvertretungen der Oberlehrer herbeizuführen.

Abg. Schiller (Dem.) fordert Leitung der Schulen nach nationalen und sozialen Gesichtspunkten. Jeder Ueberbahrung des nationalen Gedankens tritt er entgegen. Den Oberlehrern spendet der Redner auch anerkennende Worte. Er meint aber, daß viele von ihnen sich nicht dem Geiste der Zeit anpassen. Die, die sich beharren hätten, sollten erhalten bleiben. (Möb. Hoffmann: „Es bl. o. alles beim Alten“)

Abg. Grebe (Ztr.): Bei der Errichtung der neuen Oberschule möge man in erster Linie das plattdeutsche Land berücksichtigen, wo noch keine höheren Schulen bestehen.

Der Unabhängige Dr. Behl nennt es Gefährliches, daß man seinerzeit zur Bildung von Freiwilligen-Regimenten für Flandern aufgefordert hätte. Er lobt Hantsch, weil er die Gesichtsbücher, in denen etwas von der Hohenollerengeschichte steht, aus der Schule verbannt. Das ganze Parlament kommt in Bewegung in Rür- und Gegenübergebungen zu dem Ausdruck Weils, daß ein störrischer Krieg ein Unglück für das deutsche Volk gewesen wäre.

Bäitz (Dtich. Volksp.): Der Fiskalkurs der Regierung hat große Unruhe in die Beherrenschaft und in die Schullehrer getragen. Reformen sind notwendig hinsichtlich der sogenannten Kollegialschulen. Die Taten unserer Jugend

bei Pyren stellen eine der glänzendsten Taten des Krieges dar.

Baumeyer (Soz.): Jeder muß zu staatsbürgerlichem Denken erzogen werden. Wir fordern das deutsche Gymnasium.

Freitag Fortsetzung: keine Anfragen.

Sitzung vom 12. Dezember.

In Beantwortung kleiner Anfragen erklärte die Regierung u. a. wegen der Preisfestsetzung der an den Entente abzuliefernden Milchkuhe, daß zwischen dem Reich und Preußen noch Verhandlungen schweben, die eine ungerechtfertigte Belastung der Landwirtschaft a. er ausschließen würden.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushalts beim Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung fortgesetzt, und zwar beim Kapitel höhere Lehranstalten.

Frau Dr. Heine (Dem.): An den Mädchenschulen sollte der Unterricht hauptsächlich durch Frauen erteilt werden.

Minister Hantsch: In das Ministerium habe ich bereits eine Frau als Hilfsarbeiterin berufen, und wenn sich die Gelegenheit bietet, steht auch nichts dem entgegen, daß eine zunächst als Hilfsarbeiterin berufene Frau Vortragender Rat wird. Die Oberlehrer mögen ruhig politisch anders denken als ich; aber worauf es ankommt, ist, daß ein gegenseitiges Vertrauen hergestellt wird, und daß die Oberlehrer die Schüler nicht mißbrauchen, sondern mit Vertrauen zum neuen Staat erfüllen. Ich hege keine Abneigung gegen die Oberlehrer oder gegen die höheren Schulen. Die Koalition ist eine Zwangssache, hervorgerufen durch die Notlage des Vaterlandes. Ich bitte darum, daß ganz besonders die Herren aus der Mitte des inneren der Koalition entstandenen Konflikt nicht auf die Spitze treiben. Es muß uns allen ein Gesandnis der Sorge sein, daß die Koalition nicht in die Brüche gehe. Wir stehen am Anfang einer ereignisreichen Krise.

Abg. Frau Dr. Spöhr (Deutschnat.) tritt dafür ein, daß neben der wissenschaftlichen Bildung auch die praktischen Anforderungen des Lebens an die hauswirtschaftliche Tätigkeit auf den höheren Lehranstalten für Mädchen nicht vergessen und übersehen werden dürfen. Die Ausbildung zur tüchtigen Hausfrau sei eine nationale Aufgabe ersten Ranges.

Abg. Hennig (U. S.): Die Rechtssozialisten haben in dieser großen Erziehungs- und Bildungsdebatte vollständig versagt. Sie seien gebunden durch den Schulkompromiß.

Abg. Frau Dr. Boehlmann (Deutsche Sp.) tritt dafür ein, daß der Mädchen aller Stände die Möglichkeit gegeben werde, sich eine Vorbildung anzueignen, die sie zur Ausübung eines Berufes fähig macht. Sie wünscht eine vierjährige Grundschule ohne Sprachlehre und danach eine sechsjährige Mittelschule.

Es folgt die Abstimmung über 165 Anträge zum Kultushaushalt, die etwa zwei Stunden in Anspruch nimmt. Die zahlreichen Anträge des Haushaltsausschusses werden fast durchweg angenommen, so auch ein Antrag Hoffmann auf Aufhebung der Vorschrift der Gleichzeitigkeit der Lehrerinnen und Beamtinnen. Der Rest des Unterrichts-Haushalts wird genehmigt.

Es folgt die Beratung des Antrags Adolf Hoffmann und Gen. über Beschaffungsbeihilfen für Eisenbahnarbeiter, die noch nicht sechs Monate beschäftigt sind. Als Berichterstatter spricht Abg. Bruhn (Ztr.) vor etwa 40 Abgeordneten. In der Besprechung beteiligen sich Paul Hoffmann (U. S.) und Riedel (Dem.).

Fortsetzung Samstag: Haushalt der Reichsverwaltung.

Deutschland.

Der östliche Grenzschutz. Aus dem Baltikum wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gemeldet, daß der Rückmarsch der Eisernen Division und der Deutschen Legion sich infolge der schlechten Wegeverhältnisse etwas verzögert habe. Am 8. Dezember wurden die Unterabteilungen der deutschen Legion verschiedentlich von feindlichen Banden beschossen. Die den Bahnstrecke ausübenden Teile der deutschen Legion werden mit der Bahn zurückgeführt. Die zurückkehrenden Truppenteile werden bald nach dem An-

Eva.

Novelle von Helmuth von Mox.

8 Nachdruck verboten.
„Ich nehme die Frist von vier Wochen an“, erwiderte sie, und jetzt war ihr Gesicht wieder von ihm abgewandt. „Aber ich werde immer so denken wie heute. Und ich betrachte mich von diesem Tage an als — als Ihre — als gebunden.“

Sie machte ein paar Schritte auf dem Wege, den sie gekommen waren. Als er ihr folgte, blieb sie noch einmal stehen.

„Nein, bitte — warten Sie hier, bis ich fort bin. Ich möchte allein zurückgehen.“

Er gehorchte. Regungslos stand er und sah ihr nach, wie sie rasch davonging. Kleiner und kleiner wurde ihre Gestalt, zuletzt leuchtete ihr helles Kleid nur noch als ein weißer Fleck in dem dumpfen Gelb der Stoppelfelder. Plötzlich war sie verschwunden.

Da senkte Herbert Schweighoff tief auf und schlug mit gekrümmtem Kopf den Heimweg ein.

Der leichte Wind, der während des ganzen Tages die sommerliche Wärme durch seinen erstickenden Hauch gemildert hatte, war in der Dämmerung eingeschlafen, und der Abend brachte statt der erstickenden Abföhnung eine schillernde, trügerische Schwüle. Alle Fenster im Herrenhause waren geschlossen; aber es rührte sich kein Zug, der die heiße, schwere Luft, die bleiern und drückend in den Zimmern lag, in Bewegung gebracht hätte. Eva legte sich frühzeitig nieder; sie schlief sich matt und doch festlich unruhig. Stundenlang blieb sie wach, von dem Verlangen beherrscht, wieder aufzustehen und sich irgendwie zu beschäftigen, viel zu müde und energielos, diesem Verlangen nachzugeben. Sie hatte sich so früh zum Schlafen gelegt, weil sie als Kind immer so gemacht hatte, wenn sie am Tage etwas Unangenehmes erlebt, von ihren Eltern gescholten worden war. Denn sie besaß die Gabe, sich so in allerlei Träumereien einzufangen, sobald sie allein war, daß sie alles Unangenehme darüber vergaß. Heute schien diese angenehme Fähigkeit sie ganz und gar verlassen zu haben. Fortwährend sah sie Doktor Herbert Schweighoffs erregte Züge vor sich, glaubte sie in sich nachklingen zu hören, was er gesprochen hatte. Und sie konnte an nichts anderes denken, als nur an dies eine.

Endlich schloß sie ein, aber ihr Schummer war nicht von langer Dauer. Mitten in der Nacht weckte sie ein lautes Krachen und Klängen, und zu Tode erschrocken fuhr sie empor. Das Herz klopfte so stark, daß sie es zu hören meinte, und geraume Weile wachte es, ehe sie sich über die Ursachen ihres Schreckens klar geworden war. Ein heftiger Windstoß hatte ihr offenes Fenster zugeschlagen, und sie stand schwerfällig auf, um es zu schließen. Draußen über dem Park lag undurchdringliche Finsternis. Plötzlich ging ein Blitz nieder, dessen grelle Helligkeit sie zwang, die Augen zu schließen. Unmittelbar folgte das Knattern des Donners, und als es sich in ein dumpfes Rollen verlor, setzte das Krachen und Blätschern eines wolkenbruchartigen Regens ein.

Eva schlüpfte wieder unter die Bettdecke. Im Hause wurde es lebendig; wahrscheinlich war jemand aufgestanden, die Fenster zu schließen und die Türen zu befeuchten. Sie hörte Stimmen, das Öffnen und Schließen von Türen und Schritten. Dann wurde es wieder still — nur der Regen rauschte fort, und von Zeit zu Zeit, wenn der Schein eines Blitzes das Zimmer hell erhellte, rollte dumpf und grollend der Donner.

Eva fürchtete sich nicht vor dem Gewitter, wie die meisten Mädchen heutzutage. Nur war sie unglücklich, daß es sie geweckt hatte — nun würde sie gewiß nicht wieder einschlafen. Sie wandte das Gesicht gegen die Wand und schloß die Augen fest, um die Blitze nicht zu sehen. Da schloß sie mit einem Male, und das Blätschern und Grollen in der Regenrinne störte sie so wenig wie der Donner, der bald schwächer, bald stärker wurde.

Am Morgen war der Himmel grau, so weit man sehen konnte, ein gleichmäßiger Regen ging mit einseitigem Geräusch nieder, es tropfte vom Dach und von den Blättern der Bäume. Die Mägde hatten viel zu tun, denn in der Nacht war das Wasser durch alle Fenster gedungen und bildete große Lachen auf dem Fußboden. „Gut, daß die Ernte herein ist“, sagte Harry, für Eva aber war das ein schlechter Trost. Das Wetter stimmte sie noch trüber, und es war schlimm, daß sie nicht hinaus konnte, weil die Wege ausgeweicht waren und man bis auf die Haut naß wurde, wenn man sich nur fünf Minuten lang im Freien aufhielt. Denn die Unruhe in ihr wurde fast krankhaft — wenn sie hätte herumlaufen können oder ausreiten, das wäre doch wenigstens eine Ablenkung gewesen. So ging sie rastlos im Hause umher, wußte nicht, was sie tun und

was sie wollte, und war ihren Gedanken und Stimmungen als eine willenlose Beute überlassen. Ihre Hoffnung war nur, daß der Himmel sich am nächsten Tage auflären würde. Aber das Wetter blieb so, am nächsten Morgen war es nicht besser und am folgenden Tage auch nicht, immer der rieselnde Regen, der farblose Himmel und die unergründlichen, schlammigen Wege. Sie mochte nicht mehr lesen — ihre Augen schmerzten auch — und die Handarbeiten, dieses letzte Auskunfts Mittel gegen die Langeweile, legte sie wieder fort, nachdem sie kaum danach gegriffen hatte. Einmal versuchte sie, was sie noch niemals getan hatte: in der Küche und im Haushalt zu helfen. Es gab an dem Mittag verdorbene Gerichte, und die alte Wirtschaftlerin nahm es so undel und ißt so viel im Haus, daß Eva es gleich wieder aufgab. Ein anderes Mal fand Harry sie bei einem Buch aus der Bibliothek der Mutter: „Die Frau als Krankenpflegerin“. Er scherzte darüber — und sofort legte seine Schwester das Buch beiseite.

Sie schloß nun wirklich kaum noch und sah schlecht aus. Herr von Sidow bemerkte es und fragte, indem er sie besorgte anjah:

„Was ist eigentlich mit dir, Eva? — Fährst du dich nicht wohl?“

Sie antwortete der Wahrheit gemäß, daß sie Kopfschmerzen habe.

„Ja, du mußt auch einmal heraus! Seit drei Tagen bist du ja nicht an die Luft gegangen. Wenn nur das Wetter nicht so miserabel wäre!“

Als es am vierten Tage noch das gleiche war, ließ er sie einen Regenschirm nehmen und ging selbst eine halbe Stunde mit ihr spazieren. Die feuchtwarme Luft legte sich Eva drückend auf die Brust; sie hustete fortwährend und hielt das Taschentuch an den Mund. Ihr Vater hatte das Gefühl, als ließe sie sich nur so von ihm mit schleppen — sie hörte ja kaum auf das, was er sagte, und war so gleich bereit, als er ihr die Umhülle vorschlug.

Bis zum Abend hielt sie sich aufrecht. In der Nacht aber siebte sie stark, der Hals tat ihr weh, und der Kopf schmerzte zum Zerbrechen. Es wurde mit jeder Minute ärger, sie konnte nicht einschlafen und quälte sich mit ihrem Zustand, ohne jemanden zu rufen. Gegen Morgen schien das Fieber nachzulassen, und auch die Schmerzen im Kopf milderten sich zu einem dumpfen Druck. Sie wurde matt und apathisch; und plötzlich dachte sie: das ist das Ende. Du mußt sterben. (Fortsetzung folgt)

suchen), betrug ein Reingewinn von 748,75 Mark verblieb, der als Fonds zur Beschaffung für die Säuglingspflege angelegt ist. Herzlichen Dank auch an dieser Stelle allen Gebern und allen Mitwirkenden.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Vertammlung. Die bereits auf Dienstag, den 9. Dez. angekündigte, vom deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene öffentliche Versammlung findet nunmehr heute Abend 7 Uhr statt. (Siehe Anzeige.)

Eindbruch. In der Nacht auf Sonntag erbrachen Diebe die Stallung des H. Meisert, Hahnenberg. Die Täter müssen mit der Verlässlichkeit vertraut gewesen sein. Da der Eigentümer nachts sein Eigentum nicht kontrolliert, sind die Diebe wahrscheinlich gestohlet worden und müssen ohne Beute abziehen.

Der Sportverein 09 hielt am Sonntag unter harter Beteiligung von Mitgliedern und Gästen sein 10. Stiftungsfest im Hildischen Saalbau ab. In der Begrüßungsansprache gab der Schriftführer Kalkter (anstelle des verhinderten Vorsitzenden Müller) einen Überblick über die Geschichte des Vereins in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens und berichtete, daß dem Frühjahr ab, wieder die Leichtathletik mehr gepflegt werden soll, damit der Verein wieder zu der Blüte und dem Ansehen gelangt, dessen er sich in den Jahren 1909 bis 1911 erfreute. Der unterhaltene Teil des Festes brachte eine Anzahl humoristischer Vorträge und ein Lustspiel, die beim Publikum lebhaften Beifall erweckten. Nach gemeinsamem Gesang des Weihnachtsliedes „Stille Nacht“ wurde eine Menge von Gaben, darunter manches gute und hübsche Stück, verlost. Die amerikanische Versteigerung einer großen Kiste — sie enthielt natürlich Lebensmittel — und einer schönen Torte brachte dem Verein eine hübsche Einnahme. Nach diesem umfangreichen Programm folgte dann der Tanz ein.

Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 18. Dez. 1919, nachm. 4 Uhr
Einführung eines Stadtverordneten.

A. Vorlagen des Magistrats.

1. Wahl einer Hilfskraft für das Lebensmittelamt.
2. Milchversorgung.
3. Fettversorgung.
4. Strompreiserhöhung.
5. Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Arbeiter.
6. Desgl. und Feuerungszulage an Ruhegehaltsempfänger.
7. Grundstücksverkauf.
8. Beihilfe an den Karolinen-Fachverein.
9. Kommissions-Wahl.
10. Entlassung von Beamten auf Lebenszeit.
11. Entlassung des Bürgermeisters.

B. Anträge:

Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion über Entfernung des Bildes des letzten Kaisers aus dem Sitzungssaal.

C. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebnislos eingeladen.

Die Akten liegen Montag, den 15. und Dienstag, den 16. ds. Mts. beim Schriftführer — Oberstadtssekretär Kaul — im Rathaus während der Dienststunden offen.

Bad Ems, den 13. Dezember 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Dr. Stemmler.

Lebensmittelverteilung.

Bezüger: Inhaber der Rundenlisten.
Nett. 300 Gramm auf Nr. 18 der Lebensmittelkarte. Preis 13 Mark für 1 Kilogramm.
Bad Ems, den 12. Dezember 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Holzversteigerung.

Freitag, den 19. d. Mts., vormittags 1/10 Uhr
anfangend, kommen im Stadtwald von Bad Ems die nachgezeichneten Holzsorten, gegen Zahlungsausstand bis zum 15. Juli n. Jahres, zur Versteigerung:

District Häuschen 12 a

49 Eichen-Stämmchen — 9,07 fm.

88 Nm. Eichen- und Buchenscheit und Knäpfe

214 Nm. Weiserknäpfe.

Auswärtige Käufer und Holzhandler sowie die Einwohner, welche bei der letzten Versteigerung im Stadtwald Holz erhalten haben, sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

Bad Ems, den 10. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Rußbaumplanzung.

Auf dem städtischen Grundstück im District „Vor der Voos“ Kartenblatt 64 Nr. 1 sollen etwa 20 Rußbäume gepflanzt und die Arbeiten einem Unternehmer übertragen werden. Die Pflanzung ist in diesem Winter auszuführen.

Angebote auf Uebernahme der Pflanzung sind bis zum 23. ds. Mts. mittags 12 Uhr an uns einzureichen.

Näheres ist im Rathaus — Oberstadtssekretär Kaul — zu erfahren.

Bad Ems, den 12. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Nachrechnung der Maße und Gewichte.

Die Nachrechnung der Maße und Gewichte für die Stadtgenüsse Bad Ems findet vom 16. bis 20. und 22. bis 23. Dezember ds. Jrs. im Hause „Gasthaus zur Krone“ statt. Die der Nachrechnung unterliegenden Gegenstände dürfen an den obgenannten Tagen nur vormittags von 8-12 Uhr eingeliefert werden; sie müssen sich in gereinigtem Zustande befinden. Damit nicht zuviel Gewerbetreibende an einem Tage kommen, wird folgende Reihenfolge bestimmt:

1) Am 16. und 17. Dezember:

Die Gewerbetreibenden, die auf der linken Bahnseite wohnen.

2) Am 18., 19. und 20. Dezember:

Die Gewerbetreibenden, die auf der rechten Bahnseite im oberen Stadtteil wohnen einschl. Bleichstraße mit Nebenstr.

3) Am 22. und 23. Dezember:

Die übrigen Gewerbetreibenden.

Bad Ems, den 13. Dezember 1919.

Die Polizeiverwaltung.

L.J. Kirchbergers Buchhandlung

Bad Ems Nassauer Hof

Das schönste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch!

Mein in diesem Jahre besonders reichhaltiges Lager an Geschenk-Literatur halte ich zur Besichtigung bestens empfohlen.

Grosse Auswahl in Briefpapier Cassetten in kleinen und grossen Packungen in bekannter Qualität und in allen Preislagen.

Moderne Kunstblätter und schön ausgestattete Kalender halte ich bestens empfohlen.

L. J. Kirchbergers Buchhandlung.

Die ausführliche Aufführung des Dir. Sawischorsky läßt den Bericht der Sozialdem. Parteiversammlung vom 8. Dezember 1919 in einem ganz anderen Licht erscheinen. Herr Sawischorsky hat sich also nicht geirrt, eine persönliche Information als Parteifache zu behandeln. Ein solches Vorgehen ist unrichtig.

Mehrere Bürger von Ems.

Kottannen-Versteigerung.

Freitag, den 19. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr lassen

1. Herr Lehrer Epstein aus Wieblich a. Rh. und

2. Frau Förster Epstein aus Brühl

ihre Kottannenbestände in der Gemarkung Kemmenau,

5 Akm. von der Bahnstation Bad Ems, auf guter Abfahrt, etwa

130 Festmtr. Stammholz T., 7 schwache Schnittstämme und etwa

60 Festmtr. Stangen 1. bis 3. Klasse, auf dem Stod verbleibende

Hölzung geschieht auf Kosten der Versteigerer.

Nähere Bedingungen werden bei der Versteigerung bekanntgegeben.

Treffpunkt: um 2 Uhr bei Gastwirt Maurer Kemmenau.

Nähere Auskünfte erteilt der Unterzeichnete mündlich und

schriftlich, als Beauftragter.

Der Förster.

Smilkowsky, Bad Ems — Forsthaus.

Bekanntmachung.

Auf dem Bismarckweg Seebach-Oberhof sind zwischen

den 4,5 und 4,6 zehn junge Rußbäume böswillig abge-

brochen worden. Derjenige, welcher den Frebler so namhaft

macht, daß gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, erhält eine

Belohnung von 100 M.

Oberlahnstein, den 12. Dezember 1919.

Landesbauamt.

Die Eisung der Lahn

Im 3. Strommeierbezirk von Kranenfeld bis Schleuse Kalt-

ofen wird für das Winterhalbjahr 1919-20 am 17. Dezember

vormittags 10 Uhr im Bauhof des Wasserbauamtes zu Diez

öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung verpachtet.

Diez, den 11. Dezember 1919.

Rath.

Wasserbauamt.

Markt in Diez.

Donnerstag den 18. Dezember findet in Diez

Kraus- und Schweinemarkt statt.

Es dürfen nur Ferkel angetrieben werden.

Diez, den 10. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Gründlichen Unterricht und Nachhilfe,

französisch und englisch, erteilt künftiger Herr, Abit.

Rathsch. I. Kaslun in der Geschäftshalle.

Gußbruch, Eisenschrott u. Altmetall

kaufen in jeder Menge zum Selbstverbrauch.

Gauhe, Godel & Cie., G. m. b. H.,

Oberlahnstein.



Bonsbücher

mit 1673 Bänden zu haben in der

Druckerei Sommer, Bad Ems.

Heute, Montag, 15. Dez. 1919, abends 7 Uhr
Gasthaus „Zur Krone“

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

1. Betriebsräte und ihr Einfluß auf die Lohnverhältnisse
2. Freie Aussprache.

Referent: Sekr. Reuter-Mainz.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen!
Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Berufswechsel

Hohes Einkommen und vornehme Selbstständigkeit. Von alter, b. stieg-fähiger Versteigerungsgesellschaft mit allen Branchen wird arbeitsfreudiger Herr — erst unter Beibehaltung seines Berufes — behufs Uebernahme einer Bezirksvertretung gesucht. Offerten unter F. T. S. 924 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Handschrift deutet
ausführlich 1.— Mark.
Graphologe Schneeweiß.
8791 Berlin, Kaiserstr. 19.

Kontrollkasse

National, gut erhalten, sucht zu

kaufen, Abholung sofort.

Reich Weider, Genuß,

Preiburgerstraße 77.

Klavierstimmen

übernimmt

C. Mand, Coblenz,

Schloßstr. 36.

896

Eisernes Gartengeländer u. Zäune, Gartenstische, Gartenbänke und Gartenstühle zu kaufen gesucht.

Offerten mit Preisangabe mit N. 342 an die

G. Schöndorfer.

Junger Kaufmann

19 Jahre alt, perfekt. Ma-

schinensreiber u. Stenograph

(Solche Schrift), außerdem gut

bewandert in Korrespondenz

u. Buchführung sucht zum

1. Januar p. f. u. Stelle.

Offert. mit G. F. 70 a. b. G. Sch.

G. sucht ein tüchtiges, erfahrenes

Mädchen

für kleinen Haushalt. (Lohn

60 Mark) Näh. G. Schöndorfer.

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909

910

911

912

913

914

915

Sportver., „Emserhütte“
Bad Ems.
Dienstag abend 7 1/2 Uhr

Monatsversammlung

in Burg St. Benktin. Näheres

in der Geschäftsstelle.

Der Vorstand.

Prima

Wiederdeleisch

Dienstag von 10 Uhr ab

Chr. Bad Jacobbad.

Amerikanische

und englische

Zigaretten

in reicher Auswahl.

Billigste Bezugsquelle für

Wiederverkäufer.

Wilh. Müller,

Diez, Altstadtstraße 20.

Gebräute

Weinflaschen

kauft jedes Quantum

August Preussner, Weinhandl.

Freiburg.

Eine Mandoline, ein

Gitarre und ein g.

Spiegel in schönem, rotem

Goldrahmen. Ihre Größe

ca. 70x180 Mtr. preisw.

wert zu verkaufen. Näheres

an die Geschäftsstelle.

895

896

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909

910

911

912

913

914

915